

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 84 (1990)

Heft: 5

Artikel: Nach den Wahlen (Nicaragua - DDR) : vorläufig letzter Brief nach Seldwyla

Autor: Winzeler, Peter

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143542>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nach den Wahlen (Nicaragua – DDR)

Vorläufig letzter Brief nach Seldwyla

West-Berlin, 27. März 1990

Lieber Freund

Gewiss hat es auch sein Gutes, dass die «rote Gefahr» nicht mehr besteht. Mandela ist nun «freigelassen» – sogar der Kapitalismus erstrahlt im Glanz seines «menschlichen Angesichtes»! Gleichzeitig hat die «Wende» zweimal weit kräftiger zugeschlagen, als alle Beteiligten für möglich hielten. Was für eine Dialektik, was für ein Wechselbad von Gefühlen! Das Ausscheiden der DDR und Nicaraguas aus den sozialistischen Bündnissen ist für die UdSSR und die Befreiungsbewegungen eine Katastrophe. Kein Wunder, dass sich die Ökumene in Seoul fast unbeachtet und wie ein Häuflein Elend zusammenscharte, am meisten die Osteuropäer den Kapitalismus priesen und man nur ein kleines Mahnmal von «Bundesschlüssen» wider den Mammon zuwege brachte. Und Südafrika wirbt jetzt in der DDR qualifizierte Arbeitskräfte an! Was soll man zu diesem Wetterumschlag sagen?

Eine lehrbuchmässige Politik der Intervention

Das erste ist: Für mich ist es traurig, mitzu erleben, wie blind ein Grossteil der evangelischen Kirche in «Deutschland» den Irrtum von 1933 wiederholt. Man zehrt zwar vom hohen Ansehen der Bekennenden Kirche und wurde nach 1945 nicht «entnazifiziert». Aber was ist daraus geworden? Etliche Pastoren sind «mutig» geworden und bekennen laut, was sie in Jahren des «heimlichen» und unpolitischen Widerstandes gegen «vierzig Jahre Irrtum und Lüge» geleistet haben, fordern nun die «Entstasifizierung» – oder wechseln in die «christliche Politik». Wer aber am demokratischen Auf-

bruch zuerst und sozialistisch beteiligt war, geriet in die Versenkung. Und was soll der Sieg einer «Freiheit», die Land und Leute in eine marktökonomische Anarchie stürzt?

Das Zweite ist: Es tut weh, dass das erste Parlament des demokratischen Sozialismus in der DDR nur dazu bestellt ist, sich auf dem kürzesten Weg selbst aufzulösen. Nicht nur Gorbi, auch das Volk hat nun mehrheitlich seine Schuldigkeit getan, es kann gehen oder sehen, wo es bleibt. Das «Anschluss»-Begehr an die Zentren des Wohlstandes ist mir freilich mehr als begreiflich. Ich tadle auch keinen in Nicaragua, der mehr mit dem Magen als mit dem Kopf und Herzen abstimmte, sondern nur diejenigen, die damit schamlos Politik machten. Berlin hielt stand (65 Prozent für SPD und PDS) – man sah überraschend viele Jugendliche bei der PDS. Nur im gebeutelten Süden der DDR wurde die Wahl von Helmut Kohl entschieden. Dazu gingen Kolonnen von Wahlhelfern durch Städte und Dörfer, rissen SPD-Plakate herunter und verteilten Container von Bananen und Südfrüchten (es hiess: SPD = SED; «Kohle» gibt es nur mit Kohl). So wurde auch die überlebenswichtige Parole «Nie wieder Krieg!» ins Gegenteil umgemünzt: «Nie wieder Sozialismus!» Privateigentum, Konkurrenzkampf und Krieg müssen sein! Egon Bahr sprach von «faschistoiden» Methoden und erinnerte an die Entmachung Preußens 1932. Es war auf alle Fälle (seit dem Sommer 1989) eine lehrbuchmässige Politik der Intervention, des ökonomischen Druckes und der vollendeten Tatsachen, was Ost und West fast einhellig als «Sieg der Demokratie» begrüssten. Das macht mich stutzig. Wer will dann für die polnische Westgrenze geradestehen?

Das Dritte: Auch viele ökologisch und sozial Gesinnte haben rechts gewählt. Doch im «Wahlkampf» sind meist die Ehrlichen

die Verlierer und ist den Gewinnern fast alles erlaubt. Der tragische Verlierer war Willy Brandt. Es hat der SPD nichts eingebracht, dass sie sich als quasi «bessere CDU» in den Führerstand des Einheits-Zuges drängte und auf Schnitzer der Bonner Strategen hoffte (so ist gegen Kohl kein Kraut gewachsen). Nun steht Lafontaine wie Herkules am Scheideweg: Will er mit der PDS eine Volksfront bilden, den Zug abbremsen, auf Abrüstung drängen und sich gegen die Aufhebung der Verfassung und der sozialen Grundrechte sperren? Immerhin verweigerte das Volk den Gewinnern die nötige Zweidrittelmehrheit. Aber dieser Weg scheint ungangbar: Die Medien würden Sturm laufen, und Bonn würde weiter kühl mit der D-Mark zuwarten, ja heilfroh sein, wenn die drastischen Kosten nicht vor den Herbstwahlen anfielen. Zwar heisst es: «Du sollst nicht dem grossen Haufen folgen zum Bösen» (Ex 23,2). Aber mit dem kleinen Haufen ist kein Staat zu machen. So wird man sich fügen und sich auf den Tag vertrösten, wo nach bitteren Enttäuschungen sich der Volkszorn einmal gegen den «schwarzen Riesen» kehrt. Bis dahin mag Kohl gemütlich der erste Nato-Kanzler «Deutschlands» sein, dem der Rest des Hauses Europa die Füsse küsst. Sehe ich allzu schwarz? Wie gerne würde ich mich irren!

Der Kapitalismus als Wunderdoktor und Brandstifter

Das Vierte ist: Die Gewinner, die ihr Wort einlösen sollten, sind nicht zu beneiden. Da hat man uns doch seit Jahren erklärt, warum alles sein muss, wie es ist, wozu es Geheimdienste, Hochrüstung und «SDI» braucht, warum es in allen «sensiblen» Bereichen keine «Marktfreiheit» geben darf, warum man den Welthunger nicht besiegen kann und «ohnmächtig» zusehen muss, wie Tausende täglich verrecken. Und nun geschieht das Unfassliche, dass die «*Ursache der Weltübel*» sich einfach davonstiehlt, der Prügelknabe «Kommunismus» nicht mehr mitmachen will und sich dem Kapitalismus an den Hals wirft, alles bis aufs I-Tüpfelchen erfüllt, was man als Vorleistung verlangt (während wir immer noch Diktaturen

und Contrabanden aushalten), ja seinen Völkern erlaubt, nicht nur korrupte Politiker, sondern gleich den Welthunger und die Mangelwirtschaft «abzuwählen»; dass dann Armeen sich auflösen wie ein Spuk, Bürokratien, Fabriken, Schulen und Krankenhäuser sich von Personal (leider nicht von Kranken und Verwahrlosten) entleeren. Und was geschieht, nachdem es siegreich «vollbracht» ist und alles auf uns Christenheit schaut? Es wäre ja fast zu wünschen, dass die BRDisierung der DDR in eine unfreiwillige DDRisierung der BRD und EG umschlägt und der Nato-Haushalt ins Wanken gerät. Aber ich fürchte: «April, April», wird jetzt gerufen, das Weltübel ist noch da oder Ersatz schon gefunden (PDS! Castro! die Befreiungstheologie!)¹, so dass es auch in Zukunft nicht anders geht als gestern und heute, wir nicht umhin können, neue Zäune zu errichten...

So der NZZ-Leitartikel «Nicaragua – ein Fanal?» (3./4.3.90), der eine *höhnische Rechtfertigungslehre des Bestehenden* entwickelt: Blamiert ist die «Überheblichkeit» derer, die den Habenichtsen nicht die «Fähigkeit» zutrauten, frei zu wählen und sich in der «Vitalität der Schattenwirtschaften» zu behaupten. Busse tun müssen die «west-europäischen Intellektuellen», die all die naiven «Utopien» gepredigt haben «des <neuen Menschen> und des im Dschungel mit Hilfe des Sozialismus zu errichtenden Christuskreuzes (an dem dann in der Regel die zu <erlösenden> Völker gekreuzigt werden)» – von wem? Dass Kriegsopfer lieber das Butterbrot als das Kreuz wählen, sei gewiss keine «Überraschung», schaffe aber «keinerlei Garantie», dass sie vom Dollarsegen etwas abbekommen. Die «wirtschaftliche Misere» kann von der «neuen Regierung, von Nicaragua allein nicht überwunden werden». Es wären rasche Investitionen nötig. Aber das Land liegt im argen, die militärisch hauptverantwortlichen USA sind knapp bei Kasse, und der «Wandel im politischen Grundgefüge» schafft neue Verpflichtungen in Osteuropa. Wird es also «wieder schiefgehen, weder Wohlstand, noch wirkliche Freiheit» geben, ist damit freilich nicht die «diktatorische Gewaltherrschaft» des Sozialismus gerechtfertigt. Es wird nur vollends das «Geschwür am eigenen Leib» des armen Lazarus sichtbar, an

dem alle Arzneien versagen.² So mag das Weltübel seine Hemden wechseln, wie es will, das Kapital bleibt gleichgültig wie Pilatus – in der NZZ-Theologie war Jesus selbst schuld, dass er den Lazarus erweckte und ans Kreuz geliefert werden musste (Joh 11). Gibt es dann neue Bürgerkriege und Diktaturen, wird uns das nicht «überraschen»; auch Moskau wird seine letzten «elektronischen Horchposten» nicht aus Kuba abziehen, und Castro bleibt uns vorläufig erhalten. So schlaf ruhig, liebes Vaterland, es bleibt alles, wie es ist, es gibt keine helvetische Staatskrise und Nicaragua ist beileibe «kein Fanal»!

So wird man uns auch den «Morbus germanicus» erklären, wenn die Demokratie sich als «unbezahlbar» erweist. Die DDR hätte zwar bitter nötig, was man ihr mit dem Cocom-Embargo bisher alles verweigerte: «leistungsfähige Telefonnetze, Entstrikungs- und Entschwefelungsanlagen für Braunkohlekraftwerke, Sicherheitskomponenten für Kernenergieanlagen... und die gesamte für den Aufbau einer moderneren Wirtschaftsstruktur erforderliche neueste Elektronik» (wie verschämt im «Tagespiegel» vom 23.3.90 zu lesen)! Aber als Industriestandort – ohne Telefon – ist die DDR noch lange nicht so attraktiv, wie man versprach. Und «Stern» und «Spiegel» (12/90) dokumentieren nun selber das «Aufkaufen und Ausschlachten», das man zuvor als «intellektuelle» Angstmacherei denuncierte. Die «Arbeit», sagte man, liege «auf der Strasse». Aber erst sollen 1–4 Millionen Arbeitslose auf die Strasse geworfen werden. So ist das «April»-Wetter in allen Medien spürbar. Vielleicht war der «Kommunismus» nur der ideale Pappkamerad und das Spiegelbild des Kapitalismus, der als Wunderdoktor und Brandstifter das Paradies auf Erden verspricht und sich, wenn's brennt, aus der Verantwortung stiehlt.

Vom moralischen Zusammenbruch des «roten Totalitarismus» zum Elend des «totalen Marktes»

Das fünfte ist: Alle Bosheit des Kapitalismus entschuldigt nicht den moralischen Zusammenbruch des Systems (inkl. «Blockparteien»). Welche Arbeiterklasse

soll verteidigen, was die Leithammel an den Meistbietenden verkaufen? Da hat man sich ein Leben lang gemüht, und alles soll umsonst gewesen sein! In diesem atemberaubenden Schauspiel – nicht nur im ökonomischen Zwang der Westverschuldung³ – sehe ich die Ursache der Abwahl auch der sozialen Sicherheiten, die man besass (anders als in Nicaragua). Die «Zeit» (27.2.90) verglich den *Lebensstandard*: Dem BRD-Rentner bleiben nach Abzug der statistischen Miete (2 Zimmer für 390 DM) 717 DM, aber Zinsen und Mieten steigen, und vielen wird es für Heizung und Medikamente kaum reichen. In der DDR gab es nach Abzug der Miete (75 Mark) nur 300 Mark Rente, aber freie Krankenpflege (inkl. Zahnersatz) und Subventionen auf Mieten und Grundnahrungsmittel (pro Haushalt 845 Mark). So relativiert sich auch, dass ein Durchschnittsarbeiter in der BRD abzüglich Lohnsteuer und Sozialversicherung 1945 DM netto erhält, bei weit höheren Lebenskosten als in der DDR. Dort hatten Werktätige einen sicheren Arbeitsplatz und Kindertagesstätten bei 850 Mark netto, assen in der Kantine für 1 Mark oder kauften gutes Brot für 60 Pfennig, die Fahrkarte für 20 Pfennig, ein Steak oder gepressten Rhabarbersaft für 1,5 Mark. Vor der Wahl sah man nun viele West-Importe (z.B. ein Kilo Tomaten für 20 Ostmark) unverkäuflich verfaulen!

Die Leute wollen die *Währungsunion*. Aber wie nun 100 bis 200 Milliarden an Staatsschulden, Sparguthaben, Renten, Löhnen und Sozialhilfe in D-Mark auszahlen, ohne zu stehlen? Ich fürchte: «Wer hat, dem wird gegeben werden, wer aber nicht hat, dem wird auch das genommen, was er hat» (Lk 19,26). Die Arbeitslosenquote, die im Ruhrgebiet bei 10 Prozent liegt, könnte in der DDR auf 30 Prozent, in «Deutschland» auf 15 Prozent ansteigen. Viele werden in ihrer Wohnung nicht mehr sicher sein, wenn alte «Eigentümer» ihre Ansprüche einklagen. Viele denken ans «Auswandern», wenn's noch geht; oder an Suizid, wenn's nicht mehr geht. Ich liesse mich gerne belehren, aber sehe kein humanes Konzept und halte den «Anschluss» für nicht machbar.

Als Sechstes: Wird die DDR zum «Schmelztiegel» Ägyptens, muss die Kir-

che die Wertskala – lieber Geld als Brot (Jes 55,2), lieber tot als rot – ändern und sich ohne Rücksicht auf den Parteienstreit des Volkes annehmen. Die «Schicksalswahl» soll nun gewesen sein, und in Kommunalwahlen mag man sich der Bürgerrechtsbewegung erinnern. Die Ironie des «Schicksals» führte dazu, dass man mit der CDU die engste und stärkste Schwesterpartei der SED in den Sattel hob! Auch da lassen sich Leute (wie Maizière) finden, die vielleicht an ihr früheres soziales Gewissen denken, wenn sie in die «Übergabe»-Verhandlungen mit Bonn eintreten. Auch «Wendehälse» sollten die Chance nutzen, bevor man sie nicht mehr braucht und aufs Altenteil setzt, und rechnen lernen, das Volk so teuer wie möglich verkaufen – und den «schwarzen Riesen» in Bonn kräftig entmythisieren! Es ist jetzt viel Sündenvergebung vonnöten, eine *demokratische Volksfront* und ein Quentchen «widerstehende Theologie»!⁴

Siebtens: Die Epoche des «roten Totalitarismus» ist vorüber. Ich habe sie durchaus nicht «legitimiert» oder ihre Übel nicht beim Namen («dem» Namen) genannt. Weinen tue ich über das entsetzliche Elend, das der «totale Markt» über die Völker bringt. Gibt es noch keine reale Alternative⁵, kann ich doch keinem Kapitalismus glauben, der das Angesicht Gottes im wehrlosen Du und im Menschen Jesus selber verleugnet. Warum soll nun «Politik» wieder Krieg «mit anderen Mitteln» sein – und Bismarck ein «grosser Mann»? Und wenn es vorläufig nichts «nützen» sollte, zu widerstehen, bleibt doch eines: Die biblischen Chronisten haben nicht nur die Siege Davids über den Goliath, sondern auch brav ihre Niederlagen und Vergewaltigungen verzeichnet, damit den Opfern nicht auch ihre Sprache, Erinnerung und Geschichte geraubt werde. Dem *humanen Sozialismus* ergeht es jetzt wie Israel und solchen Frauen, die vor dem hohen Tribunal beweisen sollten, dass sie Opfer und nicht Mittäterinnen waren und nicht etwa heimliche Lust empfanden (und wenn es so wäre, ist der Vergewaltiger im Recht?)

Wie wird es ausgehen? Ich würde gerne – Unrecht behalten, denn nicht das «Rechthaben» macht den Propheten.⁶ Nachdem die Revolution gewesen ist, muss man sich neu an die Arbeit machen, nicht weiter speku-

lieren, nicht schon weitere Briefe nach Seldwyla schreiben. Die politische Einmischung hat ihre Zeit (wovon ich nichts zurücknehme), aber auch die *theologische Neubesinnung* braucht ihre Zeit – und die «Endzeit» ist knapp, die uns zur Umkehr bleibt. Vom jetzt sichtbaren Trümmerhaufen der Weltgeschichte – aber auch vom Häuflein Elend, das sich «Ökumene» nennt – wäre gar nichts Neues und nur die Wiederkehr des Alten zu erwarten, wenn nicht auch «senkrecht von oben» ein Wörtlein geredet würde und darum an den «untersten Ortern» der Verdammten der Erde (Eph 4,9) sich etwas regte und bewegte, ja auch unaufhaltsam durchsetzte, das aller Weltweisheit spottet, das auf jeden Fall verkündet und geglaubt sein muss; das man aber noch gar nicht betasten, von dem man noch gar nicht laut reden und schreiben, geschweige denn mitschuldig und eigenverantwortlich daran teilhaben könnte, wenn es jeden Morgen nur «Neue Zürcher Zeitung» – und keine dauerhafte Zürcher Bibel gäbe! Diese Nahrung ist härter und kräftiger und muss uns wichtiger sein – und genug!

In alter Freundschaft!

1 Am Ende auch «ein gewisser Peter Winzeler», der «Sehnsucht nach dem roten Totalitarismus» habe – nach dem fünfzig gewordenen Seldwyler Blättlein «Bürger und Christ» (Nr.3/90)!

2 Vgl. die wahnsinnigen marktökonomischen Experimente in Argentinien und in Brasilien, was mit einem «morbus latinus» erklärt wird (NZZ 17./18.3.90). Als ob Zwingli nie gegen den «morbus helveticus» gepredigt hätte!

3 Sie war noch grösser, als man bisher offenbarte.

4 Vgl. meine Unzeit-gemäss «Widerstehende Theologie. Karl Barth 1920-35», Stuttgart 1982.

5 Dass nun auch der Wohlfahrtskapitalismus Schwedens sich in rasanter «Talfahrt» befindet, kann ich nicht befriedigt feststellen (NZZ 17./18.3.90), muss aber Sozialdemokraten zu denken geben.

6 Vgl. K. Barth im Vorwort zur Dogmatik 1927: «Ob die grosse Glocke diesmal wieder einen Ton gibt? Was geht mich das an? Was habe ich darnach zu fragen? Und was die Leser? Ich kann die Freunde heute wie damals nur bitten, sich anspruchslos mit der Sache... zu beschäftigen».